

„Schandfleck“ Sachsen?

Über Vorurteile und Forschungsdesiderate

Tom Mannewitz

Der landesweite Sturm der Entrüstung über Sachsen hat sich erstaunlich schnell wieder gelegt – schon bevor Ministerpräsident Stanislaw Tillich im Februar mit Blick auf den Kampf gegen Rechtsextremismus Besserung gelobte. Dennoch dürften sich die Bilder aus Heidenau, Clausnitz und Bautzen langfristig als Symbole für den „Schandfleck“ der Republik bei vielen eingeebnet haben – für den „Problemfall Sachsen“, den „braunen Osten“ und „Dunkeldeutschland“. So mancher fühlt sich an die 1990er Jahre erinnert, als die Bilder eines johlenden Mobs vor brennenden Asylbewerberheimen um die Welt gingen, und sieht wegen des Déjà-vus nach 20 Jahren im Osten – speziell in Sachsen – bestenfalls einen demokratisch rückständigen Landstrich, der noch etwas Zeit braucht, schlimmstenfalls die Heimat notorischer Nörgler, unverbesserlicher Demokratieskeptiker und (latenter) Rassisten. Anhaltende Proteste „patriotischer Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ in Leipzig und Dresden sowie eine reüssierende rechtspopulistische Partei stützen den Eindruck. Hier und da ist schon einmal hinter vorgehaltener Hand vom „Fehler Wiedervereinigung“ und sogar vom „Saexit“ die Rede. Mit schlafwandlerischer Sicherheit werden seither Erklärungen für den „sächsischen Sonderfall“ dargeboten – manche treffen zu, manche daneben. Zehn Vorurteile über Sachsen auf dem Prüfstand.

1. Der Osten war schon immer „brauner“ als der Westen

Die Präsenz der NPD in den Landtagen von Sachsen (2004-2014) und Mecklenburg-Vorpommern (seit 2006) sowie die Wiederkehr fremdenfeindlicher Gewalt scheinen es



Dr. habil. Tom Mannewitz
Juniorprofessor für Politikwissenschaft an der Technischen Universität Chemnitz

zu beweisen: Der Osten war stets der „Schandfleck Deutschlands“. Dabei gerät in Vergessenheit: Rechtsextreme Parteien standen bei den gesamtdeutschen Wahlen zu Beginn der 1990er Jahre in den „alten“ Ländern – zum Teil weit – besser da als in den „neuen“. Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg kommt der rechte Rand im langjährigen Mittel auf 6,2 Prozent – mehr als in jedem anderen Bundesland (bei allerdings rückläufigem Trend). Was die fremdenfeindliche Gewalt angeht, so machte diese in der Vergangenheit bei der früheren innerdeutschen Grenze ebenso wenig Halt: Zu Beginn der 1990er Jahre erregten etwa Solingen und Mölln Aufsehen. Und selbst wenn es aktuell kaum einen traurigen Rekord bei fremdenfeindlichen Aktionen geben mag, den Sachsen nicht hält, war kein Land frei von tätlichen Feindseligkeiten gegenüber Flüchtlingen.

2. Die Gründe für die Fremdenfeindlichkeit in Sachsen liegen auf der Hand

„Was ist in Sachsen los?“ Die Angriffe auf Flüchtlinge und deren Unterkünfte im Freistaat geben auf den ersten Blick keine großen Rätsel auf, denn die „üblichen Verdächtigen“ sind schnell bei der Hand: DDR-Sozialisation und kurze Demokratieerfahrung, geringe Interkulturalität, wirtschaftliche, politische und soziale Zurücksetzung. Nur: All dies findet sich ebenfalls in den anderen ostdeutschen Ländern, dort sogar noch mehr als im „Vorzeigeland“ Sachsen, das nach 25 Jahren recht gut dasteht. Außerdem besteht ein Unterschied zwischen durch derlei Faktoren begünstigten *Einstellungen* einerseits und rassistischer *Gewalt* andererseits.

„Sächsisches Selbstbewusstsein“ und die CDU-Dominanz gelten als weitere potentielle Erklärungsfaktoren. Dabei behelfen sich Kommentatoren mit „gesundem Menschenverstand“. Doch die empirische Evidenz für einen Zusammenhang zwischen der CDU-Präferenz bzw. Lokalpatriotismus sowie rassistischen Ausschreitungen steht nach wie vor aus.

Wer demgegenüber auf Versäumnisse der CDU-geführten Landesregierung beim Umgang mit Rechtsextremismus hinweist, kommt der Wahrheit vermutlich näher: Ohne die lokale Verankerung rechtsextremer Strukturen wären Brandanschläge und Handgreiflichkeiten sicherlich seltener. Subkultureller Rechtsextremismus konnte über mehrere Jahre in Sachsen Wurzeln schlagen und verfügte lange Zeit mit der NPD über ein geeignetes Sprachrohr und einen willigen Finanzier. Auf eine unzulängliche Präventions- und Repressionsstrategie gegenüber Extremismus sind jedoch weder der AfD- noch der Pegida-Zuspruch zurückzuführen.

Zudem haben andere ländliche Regionen im Osten ebenfalls ein Problem mit „Nazis“ in Fußball- und Jugendclubs, aber ein geringeres mit ausländerfeindlichen Ausschreitungen. Dass sich die Fähnchen auf den Gewaltkarten in Sachsen konzentrieren, ist darum keineswegs trivial. Für eine Klärung braucht es eine systematische, regionenvergleichende Aufarbeitung politischen Extremismus und seiner gewaltförderlichen Gelegenheitsstrukturen. Mit dem im Juni 2016 gegründeten Forschungsnetzwerk Integrations-, Fremdenfeindlichkeits- und Rechtsextremismusforschung in Sachsen (IFRiS) schlägt die Sozialforschung in Sachsen den richtigen Weg ein; ein länderübergreifendes Netzwerk wäre noch besser.

3. Sachsen ist fremdenfeindlicher als andere Länder

Wer über 20 Jahre der CDU zur Regierungsführung verhilft und einen ausgeprägten Regionalpatriotismus pflegt, für den ist es nur noch ein Katzensprung zu Anti-Asyl-Demonstrationen und Pegida-„Märschen“, heißt es mancherorts. Doch erstens besteht ein qualitativer Unterschied zwischen dem Zuspruch zu einer wertkonservativen Partei bzw. der Verbundenheit mit dem eigenen Land einerseits und der Abwertung fremder Kulturen andererseits; zweitens sind rechtsextreme Einstellungen unter Wählern anderer Parteien ähnlich stark verbreitet wie bei der Union; drittens ist wegen dünn gesäter Vergleichsdaten nicht bekannt, ob die Sachsen tatsächlich zu einem höheren Anteil rechtsextremen Zielen huldigen als andere Landeskinder. Die „Bielefelder“ Studien sehen im Freistaat kein höheres Maß an Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Islamfeindlichkeit als in anderen ostdeutschen Ländern.¹ Die Leipziger „Mitte-Studien“ – methodisch wie inhaltlich problematisch, aber dennoch hier und da aufschlussreich – sehen die Sachsen im langjährigen Mittel sogar eher am unteren Ende des Bundesländer-Rankings.² Die Fortschritte hin zu einer demokratischen politischen Kultur müssen in den „neuen“ Ländern *vergleichend* und langfristig unter die Lupe genommen werden, um Entwicklungen wie jüngst in Sachsen besser einordnen zu können.

4. Pegida und die AfD bereiten den Boden, auf dem rechtsextreme Gewalt gedeiht

Wer glaubt, die rechtsextreme Gewalt in Sachsen gehe maßgeblich auf Frauke Petry Partei und die Pegida-Demonstrationen zurück, verwechselt Ursache und Wirkung. Nicht die Demonstrationen und die AfD erschufen ein hitziges, gewaltförderliches Klima, sondern Pegida, AfD und die Gewalt gegen Flüchtlinge sind Symptome ein und desselben Problems – der Unzufriedenheit mit der Asylpolitik der Bundesregierung und der generellen politischen Entfremdung, die augenscheinlich in Sachsen so ausgeprägt sind wie in keiner anderen Region Deutschlands. Wer in den „führenden Köpfen“ die Triebkräfte sieht – in Herrn Höcke, Frau Petry und Frau von Storch, in Herrn Bachmann sowie Frau Festerling –, überschätzt deren Einfluss auf die Mehrheit der sächsischen „Wutbürger“. Freilich: An einer Abkühlung der Gemüter wirken sie nicht mit.

5. Der Rechtsextremismus im Osten ist eine akute Gefahr

Ja und nein. Wer argumentiert, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit seien ungefährlich, erwirbt sich den Ruf, zu verharmlosen und mit dem „rechten Rand“ zu sympathisieren, ehe die Tinte trocken ist. Doch Gleichmut läuft nicht auf normative Gleichgültigkeit hinaus. Wer demgegenüber sogleich von der subjektiven Verabscheuungswürdigkeit politischer Ziele auf deren Gefährdungsgrad schließt, schadet der Demokratie – ähnlich dem Hirtenjungen, der ohne Unterlass „Wölfe“ ruft. Rechtsextreme Gewalt ist eine Gefahr für Leib und Leben vieler Menschen, in Sachsen aufgrund der Häufigkeit und der Intensität mehr als anderswo. Hier bedarf es einer konsequenteren Präventions- und Repressionsstrategie. Ob rechtsextreme Einstellungen in der sächsischen Bevölkerung so weit gediehen sind, dass sie Flüchtlinge einerseits, die Demokratie an-

dererseits in Bedrängnis bringen und im Stich lassen, ist nicht ausgemacht. Rechtsextreme Parteien wiederum stellen in Deutschland keine Gefahr für die freiheitlich-demokratische Grundordnung dar. Ihr prominentester Vertreter, die NPD, liegt am Boden und ist mit einem Verbotsverfahren beschäftigt. Die „Nationaldemokraten“ sitzen übrigens dank der AfD nicht mehr im Sächsischen Landtag, da diese ihnen rund 13.000 Stimmen abnahm – mehr als jede andere Partei.

6. Mangelnde Weltoffenheit ist der Grund für die verbreitete Anti-Asyl-Haltung in Sachsen

Aus der Sozialforschung ist bekannt: Die Politik provoziert dort Ängste, Feindseligkeit und Proteste, wo sie unvermittelt sehr viele Flüchtlinge, zudem mehrheitlich Männer, aus einer fremden Kultur in größeren Flüchtlingsunterkünften in strukturschwachen Regionen unterbringt und dies obendrein schlecht kommuniziert.³ All dies ist bei Brandanschlägen, Sachbeschädigungen, Körperverletzungen und Demonstrationen in ganz Deutschland in Rechnung zu stellen. Deren Konzentration im Osten geht hingegen auf die dortigen politisch-kulturellen Eigenheiten zurück. Warum wiederum Sachsen so hervorsteicht? Siehe Vorurteil 2 und 3. Mit einer höheren Flüchtlingsquote hat es jedenfalls nichts zu tun: Im Osten nimmt Sachsen zwar nach dem Königsteiner Schlüssel die meisten Flüchtlinge auf, hat aber auch die meisten Einwohner. Unterm Strich kommen so auf 100.000 Bürgerinnen und Bürger bundesweit sogar die wenigsten Asylbewerber.

7. Pegida und die AfD – alles „Nazis“

Mit Sigmar Gabriels etwas hilflos wirkender Forderung nach einer Überwachung durch den Verfassungsschutz war der Höhepunkt in der Auseinandersetzung mit der AfD erreicht. Mangelnder Widerspruch aus Politik, Medien und Gesellschaft weist auf zwei Missverständnisse hin: Erstens, der Verfassungsschutz soll nicht auf Weisung aktiv werden. Zweitens, die AfD ist gewiss eine rechtspopulistische Partei, zudem die erfolgreichste seit Gründung der Bundesrepublik – sie betreibt wirkungsvoll „Anti-Establishment-Politik“, steht für rigorosere Zuwanderungsgesetze, einen weichen Euroskeptizismus, mehr „law and order“. Deshalb trägt sie eine Mitschuld an der Verschärfung des politischen Umgangstons. Sie ist jedoch keine rechtsextreme Partei. Sie stellt die Grundfesten der Demokratie (etwa: Gewaltenteilung, Wahlen, Partizipationsrechte) nicht infrage. Die Äußerungen einiger Spitzenpolitiker, wie Björn Höcke und Wolfgang Gedeon, sind empörend, effekthascherisch und wecken Zweifel an deren Menschenbild; zumal beim baden-württembergischen Landtagsabgeordneten Gedeon der Vorwurf des Antisemitismus im Raum steht. Und das AfD-Grundsatzprogramm enthält die eine oder andere bedenkliche Passage (etwa zum Umgang mit Medien). Doch lässt sich von hier auf die Gesinnung der Basis schließen? Keine der bisherigen Umfragen deutet darauf, dass AfD-Anhänger zu einem größeren Teil antidemokratischen Zielen huldigen als andere. Dasselbe gilt – allerdings in geringerem Maße – für die „Pegidianer“, wie die jüngste Studie aus Dresden belegt.⁴ Wer jedwede politische Forderung rechts der Union über einen Kamm schert und als rassistisch und fremdenfeindlich verunglimpft, sitzt derselben Schwarz-Weiß-Malerei auf wie Bachmann,

Festerling, Höcke & Co. Davon unbenommen: Die AfD wird wohl, distanziert sie sich nicht klar genug von Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit, den Ruf einer mit der Demokratie hadernden Partei nicht los. Das würde ihr an den Wahlurnen gewiss nicht nützen.

8. Die Proteste sind Ausdruck einer verlorenen „Generation Einheit“

Die Rostocker Politikwissenschaftler Martin Koschkar und Christian Nestler widersprachen vor einiger Zeit der These, was sich derzeit im Osten abspiele, sei Ausdruck einer „verlorenen Generation Einheit“, geprägt von der Umbrucherfahrung der 1990er Jahre, manipuliert von rechtsextremen Netzwerken.⁵ Eine solche Zuschreibung unterminiert nicht nur – wie jede Pauschalisierung – den Disput um die Sache, sondern ist auch falsch: Die „3. Generation Ostdeutschland“ ist einerseits wegen der Vielfalt der Lebenswege von größerer Heterogenität gekennzeichnet als die vorherige. Andererseits zeigt ein Blick auf die Trägerschichten von Pegida und AfD: Es handelt sich keineswegs um „junge“ Erscheinungen: Die Partei erhält Zuspruch aus allen Altersgruppen, die Bewegung ist vornehmlich ein Projekt der Älteren.

9. Die „Wutbürger“ in Sachsen müssen sich ändern

Das Spannungsverhältnis zwischen dem moralischen Anspruch politischer Eliten und dem Widerspruch vieler Deutscher – nicht bloß im Osten – ist mit Händen zu greifen. Wenn *dieser* jedoch zu lange ignoriert wird, lässt sich *jener* irgendwann nicht mehr einlösen. Es bringt deshalb nichts, Pegida und die AfD zu dämonisieren, die Sachsen wie ein ungezogenes Kind zu behandeln. Das provoziert Trotz und „Einigelung“. Ohnehin dämpft die Politische-Kultur-Forschung die Hoffnungen auf einen grundlegenden Einstellungs- oder gar Wertewandel in absehbarer Zeit. Das befreit keinen der „Wutbürger“ – ob in Sachsen oder anderswo – davon, die gesellschaftlichen Realitäten anzuerkennen: Deutschland ist längst ein Einwanderungsland, selbst wenn kein einziger Flüchtling mehr käme.

Gefordert ist aber vor allem die Politik: Eine bessere Prävention und Repression formen zwar die politische Kultur nicht um, löschen aber die größten Brände. Da es überdies in ganz Deutschland, nicht lediglich in Sachsen, gärt, gilt es, eine langfristige Integrationsstrategie – ohne moralisierenden Ballast – breit zu erörtern, selbst wenn dies an der politischen Entfremdung bürgerlicher Gesellschaftsschichten, die in Pegida und AfD eine politische Heimat gefunden haben, wenig ändern dürfte. Die Union ist gut damit beraten, ihre rechte Flanke wieder zu schließen, die politische Klasse damit, ihrer kommunikativen Führungsaufgabe nachzukommen.

10. Ausgrenzung und Stigmatisierung sind gefordert

Die politische Strategie der Ausgrenzung und Stigmatisierung ist ein zweischneidiges Schwert: Sie ist berechtigt, steht der „unkontroverse Sektor“ der gesellschaftlichen Werte unter Feuer – etwa bei Gewaltanwendung. Zugleich muss sie die ultima ratio

bleiben: Wer sich, wie die Pegidianer, von der Mehrheit verstoßen fühlt, verschanzt sich weiter in seiner politischen Stellung und kann sich als „Outlaw“ gerieren. Der AfD hätte in den jüngsten Landtagswahlkämpfen (Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt) nichts Besseres passieren können als die Isolationsversuche der etablierten Parteien.

Ausgrenzung geht nur so lange gut, wie sie nicht die Gesellschaft spaltet. Vor dem Hintergrund weitverbreiteter Gereiztheit ist Ächtung jedoch zur Allzweckwaffe in allen politischen Lagern geworden und gefährdet den Zusammenhalt. „Moralisierende Antipolitik“ (Andreas Schedler) ersetzt zunehmend die Auseinandersetzung in der Sache. Die diskursiven Zentrifugalkräfte pressen jeden in die eine oder andere politische Richtung – ob er will oder nicht: Wer Verständnis für Pegida aufbringt, dem wird schnell Einverständnis unterstellt; wer seinen Stolz auf das Asyl-Grundrecht kundtut, gilt anderswo als „Gutmensch“.

Die Flüchtlingskrise verrät Einiges über die deutsche Debattenkultur: Pauschalurteile (etwa: „die“ Sachsen) greifen um sich, das „richtige“ Argument von der „falschen“ Seite verhallt ungehört, Brücken der Verständigung fallen bissiger Polemik zum Opfer. Das erschwert die gesellschaftliche Lösung der Flüchtlingskrise, weil sich Unbeteiligte wie Engagierte kompromittiert sehen. Diese ist keineswegs gelöst, weil die Flüchtlingsströme nachlassen und die Behörden wieder in den „Normalmodus“ wechseln. Vielmehr beginnt sich die soziokulturelle Herausforderung nun, da die administrative abebbt, erst abzuzeichnen. Die enorme Polarisierung, die bisher zu beobachten war, entstammt keinem Zuviel, sondern einem Zuwenig an Meinungsstreit: Allerorten wird über-, nicht miteinander gesprochen. Die Konfliktschwäche in unserer politischen Kultur, scheint es, wird uns daher bald auf die Füße fallen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Lisa Beckmann, Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Sachsen 2008-2011, Bielefeld 2012.
- 2 Vgl. Oliver Decker/Johannes Kiess/Elmar Brähler (Hrsg.), Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus, Gießen 2015.
- 3 Vgl. etwa Sabrina Fichtinger, Einflussfaktoren auf das Verhalten gegenüber AsylbewerberInnen – eine Untersuchung in vier kleineren Gemeinden, Wien 2010; Johannes Kareth/Shane P. Singh/Szymon M. Stojek, Explaining Attitudes toward Immigration: The Role of Regional Context and Individual Predispositions, in: *West European Politics* 38 (2015), H. 6, S. 1174-1202; Marcel Lubbers/Marcel Coenders/Peer Scheepers, Objections to Asylum Seeker Centers: Individual and Contextual Determinants of Resistance to Small and Large Centres in the Netherlands, in: *European Sociological Review* 22 (2006), H. 3, S: 243-257; Hanna Westman, Konfliktodynamiken im Zuge der Unterbringung von AsylbewerberInnen in Salzburger Gemeinden, Salzburg 2006.
- 4 Vgl. Werner J. Patzelt/Joachim Klose, Pegida. Warnsignale aus Dresden, Dresden 2016.
- 5 Vgl. Christian Nestler/Martin Koschkar, Die Generation Einheit nicht pauschalisieren, unter: <http://www.svz.de/regionales/mecklenburg-vorpommern/die-generation-einheit-nicht-pauschalisieren-id12821321.html> (25. April 2016).